

## SLOWAKEI

DR. HUBERT GEHRING  
CHRISTOPH THANEI

29. Februar 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)[www.kas.de/slowakei](http://www.kas.de/slowakei)

## Parlamentswahlen in der Slowakei

SCHLECHTE KARTEN FÜR MITTE-RECHTS-PARTEIEN

Zwei Wochen vor den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Slowakei am 10. März sehen die Chancen für die derzeit noch regierenden Mitte-Rechts-Parteien düster aus. Während die schon bei den vorigen Wahlen im Juni 2010 stärkste Partei Smer-Sozialdemokratie von Ex-Premier Robert Fico ihre Position nach allen Umfrageergebnissen deutlich ausbauen können wird, ist das Lager der bürgerlichen Mitte-Rechts-Parteien noch zersplitterter als 2010 und insgesamt deutlich geschwächt.

### Ein großer Favorit und viele kleine Konkurrenten

Die im Februar veröffentlichten repräsentativen Umfragen von drei der prominentesten Meinungsforschungsinstitute ergeben zwar im Detail sehr unterschiedliche Bilder, was die Ergebnisse der einzelnen kleineren Parteien angeht. Einheitlich ist aber der Trend, dass alle drei Agenturen einen klaren Sieg der derzeit noch oppositionellen Partei Smer-Sozialdemokratie von Ex-Premier Robert Fico erwarten lassen. Dies ist insofern nicht überraschend als die Vormachtstellung der Fico-Partei schon seit Jahren besteht. Dass Fico 2010 als Premierminister abtreten musste, obwohl seine Partei Stimmengewinne erzielte, lag nur daran, dass seine damaligen rechtspopulistischen Koalitionspartner dramatisch Federn lassen mussten, während die vier Parteien des bürgerlichen Lagers schon vor der Wahl eine gemeinsame Regierungsübernahme vorbereitet hatten und in Summe genug Stimmen dafür erzielten.

Keine zwei Jahre später ist die Eintracht im bürgerlichen Lager dahin und zudem stellen

sich neue Konkurrenten zur Wahl, die ihre Stimmen eher aus dem bürgerlichen Reservoir fischen dürften als auf Kosten der Fico-Partei. Nicht einheitlich sind noch die Vorhersagen darüber, ob Fico erstmals in der Geschichte der unabhängigen Slowakischen Republik eine absolute Mehrheit erreichen kann oder eine Partei der bisherigen Koalition mit ihm ein neues Regierungsbündnis eingehen wird.

Doch auch aus den bürgerlichen Parteien selbst ist kaum mehr die Hoffnung zu hören, dass es auch nach dem 10. März eine gemeinsame bürgerliche Mehrheit geben werde und wenn sie doch zustande käme, überhaupt noch ein ausreichender Wille zu einer neuerlichen Zusammenarbeit bestünde. Eher konkurrieren die christlich-liberale SDKÚ-DS, die christlich-konservative KDH und gelegentlich auch die liberale SaS darum, wer von ihnen die Führungsrolle im bürgerlichen Lager beanspruchen könne. Die von vielen Hoffnungen begleitete Vierparteien-Koalition unter der ersten Premierministerin Iveta Radičová scheint damit - trotz mancher beeindruckender Detailerfolge insbesondere in der Korruptionsbekämpfung - nach nur kurzer Amtszeit nicht mehr wiederholbar zu sein. Auch dass Premierministerin Radičová nicht mehr kandidiert, obwohl sie - nur von Fico übertroffen - die zweitpopulärste Politikerin des Landes ist, trägt dazu bei. Die christlich-liberale SDKÚ-DS verliert mit ihr die zugkräftigste Gallionsfigur. Die derzeit noch interimistisch mit eingeschränkten Vollmachten regierende Premierministerin Radičová hat bereits früher signalisiert, dass sie sich ganz aus der Politik zurückziehen und auch aus ihrer Partei austreten will.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## SLOWAKEI

DR. HUBERT GEHRING  
CHRISTOPH THANEI

29. Februar 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/slowakei](http://www.kas.de/slowakei)

### "Gorilla"-Korruptionsaffäre verdrängt Euro-Thema

In der internationalen Wahrnehmung ist noch haften geblieben, dass die slowakische Regierungskoalition aus vier Mitte-Rechts-Parteien an einem Streit um die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF im Oktober 2011 zerbrochen ist. Radičová hatte sich von ihrer eigenen Partei dazu drängen lassen, die EFSF-Abstimmung am 11. Oktober mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen, um die nicht euroskeptische, aber kompromisslos gegen die Politik der Euro-Rettungsschirme agitierende neoliberale Koalitionspartei SaS (Sloboda a solidarita - Freiheit und Solidarität) des damaligen Parlamentspräsidenten Richard Sulík zur Koalitionsdisziplin zu zwingen. Die SaS verweigerte sich und Radičová verlor die Vertrauensabstimmung, da der eigentlich positiv zum EFSF eingestellte Oppositionsführer Fico zwar der EFSF-Erweiterung, aber nicht der Regierung seine Zustimmung erteilen wollte. (Erst nach Radičová's Rücktrittsankündigung stimmte die Fico-Partei zu und ermöglichte damit, dass auch die Slowakei als letztes Euro-Land der EFSF-Erweiterung zustimmte, die sonst wegen des Einstimmigkeitsprinzips gescheitert wäre.)

Da die SaS seitdem den Nimbus des unzuverlässigen Partners hat, wollen die christdemokratischen Regierungsparteien, zu denen neben der von Außenminister Mikuláš Dzurinda geführten christlich-liberalen SDKÚ-DS und der Christlich-Demokratischen Bewegung KDH von Ex-EU-Kommissar Ján Figel' auch die ungarisch-slowakische Regierungspartei Most-Híd zählt, sie nicht mehr als Koalitionspartner akzeptieren, was ihre formal noch vorhandene parlamentarische Mehrheit gegenüber der stärksten Parlamentspartei Smer-Sozialdemokratie schwächt.

In der aktuellen slowakischen Debatte ist dieses Euro-Thema aber überraschend in den Hintergrund geraten und spielt im Wahlkampf keine entscheidende Rolle mehr. Ende Dezember waren nämlich mutmaßliche Geheimdienstprotokolle unter dem Codenamen "Gorilla" an die Öffentlichkeit gelangt, die - sofern sie sich als echt erweisen

sollten - ein riesiges Korruptionsnetz belegen würden, das bis heute die Wirtschaftspolitik des Landes bestimmen dürfte. Neben Politikern einer nicht mehr existierenden liberalen Kleinpartei belasten die Abhörprotokolle vor allem die Dzurinda-Partei SDKÚ-DS.

Das zuständige Gericht in Bratislava hat bereits bestätigt, dem Inlandsgeheimdienst SIS die Bewilligung zu einer Abhöraktion in den Jahren 2005 und 2006 gegeben zu haben, von der die Protokolle stammen sollen. Auch Innenminister Daniel Lipšic von der Regierungspartei KDH und Polizeipräsident Jaroslav Spišiak haben sich wiederholt überzeugt gezeigt, dass viele auch aus allgemein zugänglichen Quellen zugängliche Informationen die Echtheit der Abhörprotokolle nahelegen. Premierministerin Radičová hat die damals an ihren Vor-Vorgänger Dzurinda übergebene Abschrift der Protokolle aus dem Regierungsarchiv der Polizei übergeben.

Der einfache Vergleich des Regierungs-Exemplars mit den an die Öffentlichkeit gelangten Dokumenten, die mittlerweile für jedermann im Internet abrufbar sind, ist nur deshalb nicht möglich, weil Geheimdienstmaterialien einer gesetzlichen Geheimhaltungspflicht unterliegen. Allein schon für die Aussage vor dem Geheimdienstausschuss des Parlaments, dass es die Abhöraktion wirklich gab, musste der gegenwärtige Geheimdienstchef erst seiner Schweigepflicht entbunden werden. Mittlerweile zweifelt zwar kaum mehr jemand daran, dass die Abhörprotokolle tatsächliche Gespräche belegen, formell dürfen sie aber wegen dieser Geheimhaltungspflicht von keinem Gericht als Beweismittel anerkannt werden, da ihre Veröffentlichung im Widerspruch zu den geltenden Gesetzen steht.

### Affäre "Gorilla" erschüttert die Slowakei

Vorausgesetzt, dass die "Gorilla"-Protokolle keine Fälschung sind, würden sie belegen, dass in der zweiten Amtszeit Dzurindas als Premierminister (2002-2006) praktisch alle großen Privatisierungen sowie Vergaben von Staatsaufträgen nach dem alleinigen Gesichtspunkt erfolgten, wie die mächtige In-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**SLOWAKEI**

DR. HUBERT GEHRING  
CHRISTOPH THANEI

29. Februar 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/slowakei](http://www.kas.de/slowakei)

vestmentgruppe Penta und einflussreiche Regierungspolitiker möglichst viel an Vorteilen für sich gewinnen konnten. Mehrere hundert Millionen an Bestechungsgeld sollen dafür geflossen sein. Verwickelt in die Affäre wären laut den Protokollen praktisch alle damals und großteils noch heute relevanten Parteien.

Um sich für den damals in Meinungsumfragen bereits absehbaren Regierungswechsel von Dzurinda zu Fico abzusichern, hatte Penta laut den Protokollen auch mit Fico persönlich Gespräche geführt. Fico verhielt sich zwar gegenüber Penta distanziert und stoppte nach seiner Regierungsübernahme tatsächlich mehrere für die Finanzgruppe besonders lukrative Geschäfte, verweigerte eine mögliche Zusammenarbeit aber nicht so eindeutig, wie er es später selbst gerne darstellte.

Den Verdacht der Korruption zugunsten der inzwischen zu einem wahren Wirtschaftsimperium angewachsenen Penta gab es schon damals, nur gab es keine öffentlich zugänglichen Belege dafür. Offensichtlich ist auch, dass Penta mit der gegenwärtigen Regierung gute Geschäfte machte, die nahelegen, dass das damalige Netzwerk bis heute mit teils wechselnden Politikern weitergeführt wurde.

Eine vollkommen reine Weste wird in der medialisierten öffentlichen Meinung aber auch Fico nicht zugestanden. Zwar hat er tatsächlich seinen Anti-Korruptionswahlkampf schon 2006 gegen die stets im Verdacht stehende Penta geführt (der mittlerweile neben riesigem Immobilienbesitz und großen Energie- und Produktionsbetrieben verschiedenster Sparten auch die lukrativsten Teile des einst staatlichen Gesundheitswesens gehören). Doch konnte Fico in seiner eigenen Regierungszeit (2006-2010) nie wirklich den Verdacht widerlegen, dass er zwar nicht Penta, dafür aber mit dieser konkurrierenden anderen Finanzgruppen mit ähnlich zweifelhaftem Ruf verpflichtet sei. Nicht nur, weil die jetzt bekannt gewordenen Protokolle aber nur die Regierungszeit Dzurindas und die mutmaßlich von seiner Partei begünstigte Penta betreffen, sondern auch weil die typi-

schen Fico-Wähler den durchwegs bürgerlichen Medien wenig vertrauen, schadet Fico die Affäre aber offensichtlich viel weniger als Dzurindas SDKÚ-DS.

### **Ernüchternde Umfragen machen christdemokratisches Lager führungslos**

Die "Gorilla"-Affäre erschüttert aber auch die seit langem relativ stabile Struktur des aus mehreren kleinen Parteien bestehenden christdemokratisch-bürgerlichen Lagers. Denn die in der von den "Gorilla"-Protokollen erfassten Zeit 2005/2006 regierenden Parteien sind teils die gleichen wie derzeit (SDKÚ-DS, KDH), teils gibt es personelle Kontinuitäten (die Ungarn-Partei SMK, damals zweitstärkste Regierungspartei, wurde von Béla Bugár geführt, der jetzt der ungarisch-slowakischen Most-Híd vorsteht und viele seiner damaligen Parteifreunde in seine neue Partei mitgenommen hat). Nur die vom Euro-Rettungsschirm-Rebellen Richard Sulík geführte SaS existierte damals noch nicht und wird dementsprechend auch weniger stark in den Wählerumfragen abgestraft. (Dass ihre Werte trotzdem unter jenen von 2010 liegen, lässt sich vor allem damit erklären, dass der als Anti-Korruptionskämpfer bekannt gewordene Igor Matovič seine Splittergruppe "Gewöhnliche Leute" / Obyčajní ľudia inzwischen nicht mehr als Teil der SaS-Liste, sondern als eigene Partei zur Wahl stellt.)

Der Abstieg insbesondere der von Außenminister Mikuláš Dzurinda geführten, bisher mit Abstand stärksten Regierungspartei SDKÚ-DS, zu der auch Radičová (noch) gehört, wurde zuletzt von einer Umfrage zur nächsten immer augenscheinlicher. Fast alle Parteien - interessanterweise gerade die Smer-Sozialdemokratie ausgenommen - nehmen in ihren Wahlkämpfen Bezug auf das "Gorilla"-Thema. Und eine ganze Reihe von neu gegründeten Kleinparteien hofft gerade mit diesem Thema auf Stimmengewinne, die vor allem auf Kosten der SDKÚ-DS gehen könnten. Die folgende Tabelle stellt die jüngsten Umfragen dem Wahlergebnis von 2010 gegenüber:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SLOWAKEI

DR. HUBERT GEHRING

CHRISTOPH THANEI

29. Februar 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/slowakei](http://www.kas.de/slowakei)

Partei / Umfrage (Prozent)	Wahl 2010	Focus	Polis	MVK
Smer-SD	34,79	37,3	40,8	40,6
KDH	8,52	10,3	9,8	12,7
Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti	-	8,9	5	7
Sloboda a solidarita (SAS)	12,14	5,9	6,6	6,1
Most-Híd	8,12	6	8,4	5,9
SMK	4,33	2,4	3,9	4,7
SDKÚ-DS	15,42	6,1	5,1	4,3
SNS	5,07	4,2	4,6	3,6
99 % - občiansky hlas	-	6	3,3	3,4

(Die Reihung der Parteien in der Tabelle folgt der neuesten der drei Umfragen)

Dass ausgerechnet die SDKÚ-DS besonders schlechte Umfragewerte aufweist, stellt aber auch ihre Führungsrolle im christdemokratischen Lager infrage, die vor allem ihr Parteichef Mikuláš Dzurinda bisher immer betonte, der mehr als andere Politiker dieses Lagers stets einen langfristigen Zusammenschluss dieses Lagers in einer gemeinsamen Partei oder zumindest in einem engen Parteienbündnis wie dem Vorbild der CDU und CSU in Deutschland anstrebte.

"Es sieht so aus, als hätte die "Gorilla"-Affäre tatsächlich das Verhältnis zwischen KDH und SDKÚ verändert", schrieb die Tageszeitung Sme schon nach den ersten beiden dieser drei hier dargestellten Umfragen.

Die erst später veröffentlichte MVK-Umfrage sah die SDKÚ-DS sogar erstmals unter der Fünfprozenthürde für den Parlamentseinzug. Der KDH-Vorsitzende Ján Figel' hat zwar bereits öffentlich verlauten lassen, dass er seine Partei aufgrund der Umfragewerte als die neue Führungskraft im christlich-bürgerlichen Lager betrachte. Weil aber die KDH mit ihrer relativ starken klerikalen Prägung bisher eher den wertkonservativen Rand des bürgerlichen Spektrums abdeckte und liberale Wähler eher abschreckte, ist ihr wohl kaum jene integrierende Rolle zuzutrauen, die Dzurinda dem bürgerlichen Lager bisher anbieten konnte. Noch dazu profitiert die KDH trotz ihrer Regierungsbeteiligung in der von den "Gorilla"-Protokollen dargestellten Zeit vor allem von ihrem jungen Innenminister Daniel Lipšic, der sich der Öffentlichkeit derzeit sehr erfolgreich als einer der wichtigsten Aufdecker des damaligen Korruptionsnetzes präsentiert. Innerparteilich ist er aber in der konservativen Partei nicht unumstritten.

#### **Politikverdrossenheit verstärkt- Geringere Wahlbeteiligung erwartet**

Auch wenn sich so kurz vor den Wahlen schwer abschätzen lässt, wie weit Umfragergebnisse und tatsächliches Wahlverhalten übereinstimmen (insbesondere die SDKÚ-DS hatte in der Vergangenheit oft bessere Wahlergebnisse als Umfragewerte), ist wohl mit einer verstärkten Politikverdrossenheit der slowakischen Wahlberechtigten zu rechnen. In der jüngsten MVK-Umfrage gaben nur 41 Prozent an, dass sie sicher zur Wahl gehen wollten, ein Drittel wollte die Teilnahme an der Wahl zumindest nicht ausschließen. Aufgrund früherer Vergleichswerte zwischen solchen Aussagen und der Realität geht die Agentur daher von einer Wahlbeteiligung zwischen 46 und 52 Prozent aus. Im Juni 2010 war sie bei 58,8 Prozent gelegen. Allen Erwartungen nach dürfte der Fico-Partei Smer-SD die erwartete niedrigere Wahlbeteiligung weniger schaden als den bürgerlichen Parteien. Denn vor allem von der "Gorilla"-Affäre frustrierte Wähler der bürgerlichen Parteien dürften auf eine Stimmabgabe verzichten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**SLOWAKEI**

DR. HUBERT GEHRING

CHRISTOPH THANEI

29. Februar 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/slowakei](http://www.kas.de/slowakei)

Dabei zeigten gerade die von der "Gorilla"-Affäre ausgelösten Massenproteste einen Widerspruch zwischen politischem Engagement und politischer Resignation: Einerseits waren es Tausende, die in der sonst so wenig streik- und demonstrationsbereiten Slowakei im Januar und Februar trotz eisiger Kälte Woche für Woche auf die Straßen gingen, um gegen den Korruptionsfilz im Lande zu demonstrieren. Andererseits richtete sich die Protestbewegung so allgemein gegen die gesamte politische Elite, dass schon die kritisierten Gegner schwer auszumachen waren. Erst recht war in den Demonstrationen im Unterschied zu 1989 (für eine freie westliche Demokratie mit Marktwirtschaft und Reisefreiheit) und 1998 (als die umstrittene national-populistische Regierung unter Vladimír Mečiar bei der bisher höchsten Wahlbeteiligung von 84 Prozent aus dem Amt gewählt wurde) keine wirkliche Alternative erkennbar, an der sich die Demonstranten orientieren wollten. Und zu den auffallendsten Transparenten gehörten jene, die zum Nicht-Wählen aufforderten, weil "die Politiker" allesamt korrupt seien.

Aus dem Ausland betrachtet mag es überraschend scheinen, dass bei der hohen Zahl von 26 kandidierenden Parteien nicht jeder Wähler seine Meinung irgendwo wiederfindet. Die slowakischen Wähler sind jedoch ernüchtert dadurch, dass sich seit Jahren die kandidierenden Parteien meist weniger durch Ideologie und Programme unterscheiden als einfach durch die Interessengruppen, die sich über sie einen Vorteil bei Auftragsvergaben erwarten. Daher ist es auch wenig verwunderlich, dass die formell noch von niemandem als hundertprozentig echt bestätigten "Gorilla"-Dokumente allgemein als Beschreibung jenes gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zustands verstanden werden, den man schon immer vermutete.

Viele der eher aussichtslos kandidierenden Kleinparteien versuchen nun das "Gorilla"-Thema für sich zu nutzen. Das tun paradoxerweise auch die meisten der eigentlich von den Protokollen belasteten größeren Parteien. Denn in allen Parteien finden sich auch ernsthaft an Korruptionsbekämpfung interessierte oder zumindest bisher nicht

persönlich von einem Korruptionsverdacht belastete Politiker wie in der KDH der junge Innenminister Daniel Lipšic oder in der SDKÚ-DS die Justizministerin Lucia Žitňanská, die im Windschatten von Radičová energisch begonnen hat, die für ihre Korruption berüchtigte slowakische Justiz unter völlige öffentliche Kontrolle zu stellen (etwa durch Publikationspflicht aller richterlichen Entscheidungen mit Ausnahme persönlicher Daten von Verbrechenopfern im Internet).

Besonders erfolgreich in der Selbstdarstellung als Anti-Korruptions-Partei ist in den Umfragen bisher die Neugründung "99 Prozent", die aber von Vielen für eine Scheinpartei gehalten wird, die nur geschickt den aus der amerikanischen "Occupy"-Bewegung übernommenen Namen nützt. Jedenfalls ist aber wegen des erwartbar guten, aber für den Sprung über die Fünfprozenthürde für den Parlamentseinzug meist nicht ausreichenden Stimmenanteils von zumeist gerade erst neu gegründeten Kleinparteien davon auszugehen, dass zwanzig oder mehr Prozent der abgegebenen Stimmen durch den Rost fallen, weil sie an Parteien vergeben werden, die dann doch nicht ins Parlament kommen. Konsequenz daraus könnte auch sein, dass Ficos Partei Smer-Sozialdemokratie auch schon mit rund 40 Prozent Stimmenanteil die absolute Sitzmehrheit im Parlament erzielt.

Ein Grund für die im Vergleich zu den bürgerlichen Politikern enorm hohe Popularität Ficos dürfte wohl auch sein, dass er geschickter wahrnimmt, was die tatsächlichen Sorgen und Probleme der meisten Slowaken sind. So prangert Fico in einem Wahlkampfvideo an, dass die slowakische Arbeitslosenquote mittlerweile wieder auf 14 Prozent geklettert und die Wohnungsnot nicht behoben seien.

Außer Zweifel steht schon jetzt, dass die auf 8-10 Prozent der Landesbevölkerung geschätzte Minderheit der Roma auch nach den Parlamentswahlen ohne echte Vertretung auf höchster politischer Ebene bleiben wird. Die meisten Roma gehen traditionell nicht zur Wahl. Dabei sind sie besonders stark betroffen von der hohen Arbeitslosigkeit in der Slowakei und sollten daher be-

[Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.](#)

**SLOWAKEI**

DR. HUBERT GEHRING

CHRISTOPH THANEI

**29. Februar 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/slowakei](http://www.kas.de/slowakei)

sonders viel an Veränderungswünschen haben. Kein großes Thema im Wahlkampf (außer für die immer mehr an Zustimmung verlierende Ungarn-Partei SMK) ist übrigens auch das Verhältnis zwischen ungarischer Minderheit und slowakischer Mehrheit.

Bleibt abzuwarten wie die Bürger am 10.März tatsächlich wählen werden. Letztendlich dürfte sich die Wahl auf die Frage zuspitzen, ob Robert Fico mit Smer alleine mit absoluter Mehrheit regieren kann oder aber auf einen Koalitionspartner angewiesen sein wird.